



***ENERGIE MUSS SICHER
UND BEZAHLBAR SEIN***

Fragen und Antworten

Energie muss sicher und bezahlbar sein

Fragen und Antworten

Der russische Krieg in der Ukraine kostet täglich viele Menschen das Leben. Zahlreiche Sanktionen der EU und anderer gegen Russland wirken. Doch auch wir spüren Auswirkungen des Krieges. Am deutlichsten sichtbar: Öl und Gas sind weltweit sehr viel teurer geworden – und die Preise steigen weiter. Die Position der CDU dazu ist klar: Angesichts des wachsenden Terrors gegen die Zivilbevölkerung müssen die Sanktionen weiter verschärft werden. Auch wir alle müssen Kosten tragen. Die Bundesregierung muss aber den Anstieg der Energiepreise bremsen. Sie muss die Menschen in Deutschland viel stärker entlasten als bisher vorgesehen.

Warum steigen die Preise für unsere Energie im Alltag so stark?

Schon vor Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine waren die Preise für Öl und Gas, unter anderem wegen der höheren Nachfrage und geringerem Angebot auf dem Weltmarkt stark gestiegen. Mit dem Krieg wurden Öl und Gas zusätzlich knapper – und damit teurer.

Welche Steuern und Abgaben werden auf Kraftstoffe erhoben?

Erhoben werden Energiesteuer (früher: Mineralölsteuer), Erdölbevorratungsabgabe, CO₂-Abgabe und Mehrwertsteuer. Diese betragen für Benzin bei Literpreisen von 2 Euro rund 1 Euro je Liter.

- 2022 macht die Energiesteuer auf Benzin 65,45 Cent pro Liter aus.
Auf Diesel werden 47,04 Cent pro Liter fällig.
- Die CO₂-Abgabe beträgt dabei pro Liter Benzin 8,4 Cent, pro Liter Diesel 9,5 Cent.
- Die Erdölbevorratungsabgabe beträgt 0,46 Cent pro Liter Benzin und 0,39 Cent pro Liter Diesel.
- Hinzu kommt die Mehrwertsteuer in Höhe von 19 Prozent.

Welche Entlastungen werden in der Union diskutiert/vorgeschlagen?

Die Union fordert ein schnelles, unkompliziertes und unbürokratisches Entlastungspaket für alle Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen. Dazu zählen folgende Punkte:

- Die Bundesregierung soll den Einkommensteuer-Tarif an die hohe Inflation anpassen

- Die Bundesregierung soll die Abgaben auf Energie senken – u.a. durch die Abschaffung der EEG-Umlage. Letzteres hat die Bundesregierung auf unseren Druck hin umgesetzt.
- Pendler sollen durch Anhebung der Pendlerpauschale auf 0,38 Euro/km entlastet werden. Die Entfernungspauschale soll über 38 Cent hinaus weiterentwickelt werden.
- Die Stromsteuer soll auf das europäische Mindestmaß abgesenkt werden
- Man muss die Energiesteuer auf alle Energieerzeugnisse, z. B. Kraftstoffe und Heizöl, auf das EU-Minimum senken.
- Es braucht ein Belastungsmoratorium für Unternehmen.
- Man muss die Einführung eines Industriestrompreises für eine wettbewerbsfähigen Energieversorgung von produzierenden Unternehmen prüfen.
- Die Mehrwertsteuer auf Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen sowie Kraftstoffe soll bis einschließlich 2023 auf sieben Prozent sinken.
- Deutsche Unternehmen dürfen nicht durch neue Regulierungen zusätzlich belastet werden.

Warum soll die Bundesregierung die Steuern auf Benzin und Diesel senken?

Viele Frauen und Männer sind auf das Auto angewiesen – für den Weg zur Arbeit, zur Schule oder zum Kindergarten, zum Arzt und vielem anderem mehr. In Ballungsräumen können viele auf den ÖPNV umsteigen. Auf dem Land gibt es diese Möglichkeit oft nicht. Daher werden viele Menschen durch den starken Anstieg der Kraftstoffpreise deutlich belastet.

Da die Kraftstoffpreise rund zur Hälfte aus Abgaben bestehen, kann die Bundesregierung hier für notwendige Entlastungen sorgen. Das fordert die CDU. Deutschland braucht jetzt eine Senkung der Spritpreise.

Was plant die Bundesregierung zur Entlastung?

Die Bundesregierung hat ein Entlastungspaket vorgestellt.

- **Energiesteuer:** Sie soll beim Sprit für drei Monate auf das europäische Mindestmaß sinken: bei Benzin um rund 30 Cent/Liter, bei Diesel um rund 14 Cent/Liter. Das folgt aber dem Vorschlag von CDU und CSU
- **Energiepreispauschale:** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten einmalig 300 Euro als steuerlicher Sonderzuschlag. Ausgezahlt wird dieser mit dem Gehalt. Darauf

müssen aber die Einkommensteuer und vermutlich auch Sozialabgaben gezahlt werden.

- **Familienzuschuss:** Familien erhalten je Kind einmalig 100 Euro. Dieser Bonus wird auf den Kinderfreibetrag angerechnet
- **Einmalzahlung für Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen:** Die bereits beschlossene Einmalzahlung von 100 Euro für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen wird um 100 Euro pro Person erhöht.
- **Das ÖPNV-Ticket** für Busse und Bahnen soll drei Monate nur jeweils 9 Euro kosten.

Wie steht die Union zu den geplanten Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger?

Die Entlastungen wirken unabgestimmt. Es scheint, dass alle Koalitionspartner einen Wunsch äußern durften. Und nicht alle Entlastungen sind ehrlich:

- Energiepreispauschale und Familienzuschläge werden in der Einkommensteuer wieder verrechnet – fallen also netto deutlich geringer aus als dargestellt. Das ist eine Mogelpackung.
- Das 9-Euro-Ticket für den ÖPNV wird über die so genannten Regionalisierungsmittel finanziert und geht damit auf Kosten von Taktung. Auch das ist eine Mogelpackung.
- Es fehlen umfangreiche Entlastungen für produzierende Unternehmen und Transportgewerbe.
- Unklar ist: Was passiert bis zum Start des Entlastungspakets im Juni? Für viele Menschen kommen die Maßnahmen viel zu spät.

Sind die Entlastungen schon beschlossen? Wann starten sie?

Klar ist: Für die Entlastungen müssen Bundestag und Bundesrat erst zustimmen. Es ist also noch völlig offen, ob sie jemals so in Kraft treten. Vorgesehen ist derzeit ein Inkrafttreten ab 1. Juni. Das ist – erst im Sommer – viel zu spät.

Energie-Importe prüfen

Deutschland muss von russischen Energielieferungen unabhängiger werden. Die CDU unterstützt die Sanktionen der EU. Auch ein Importstopp über die Gaspipeline Nord Stream 1 muss möglich sein.

Wie kann Deutschland bei Energie unabhängiger werden?

Richtig ist: Der Ausbau der Erneuerbaren Energien macht Deutschland unabhängiger von Öl- und Gasimporten, nicht nur aus Russland. Zudem müssen wir unseren Energieimport diversifizieren. Dafür müssen alle denkbaren Anstrengungen unternommen werden, um Lieferbeziehungen und strategische Partnerschaften aufzubauen. Wir setzen gemeinsame Projekte zur Energiegewinnung, zum Energietransport sowie über gemeinsame Handelspartnerschaften mit Drittstaaten um.

Und wir müssen mehr Vorsorge betreiben: Es braucht gesetzlich geregelte Mindestfüllstände, die eine nationale Gasreserve garantieren.

Deutschland muss insgesamt widerstandsfähiger werden. Dazu braucht das Land eine Infrastruktur, die alle Möglichkeiten offenhält. Wir müssen die Energie-Infrastruktur insgesamt ausbauen und absichern. Die LNG-Terminals Brunsbüttel, Wilhelmshaven und Stade müssen mit Hochdruck errichtet werden, und zwar so, dass sie auch zukünftig für Wasserstoff geeignet sind. Die Infrastruktur muss zudem gegen Hackerangriffe widerstandsfähiger werden.

Was brauchen wir für sichere Energie?

Für echte Energiesicherheit muss ein neues Energiekonzept her. Die CDU will alle Optionen für eine sichere Versorgung prüfen. Das heißt:

- Alle Energieträger müssen in ein Gesamtkonzept einfließen, bei dem der steigende Energiebedarf, Ausstiegspläne und Importabhängigkeiten berücksichtigt werden.
- Die Bundesregierung muss jetzt liefern. Ihre ersten Gutachten und Prüfungen sind aus Sicht der Union noch unzureichend.
- Wir benötigen ein verlässliches Konzept, das dazu verbindlich erklärt, worauf wir setzen, was wir aufbauen und wo wir einsteigen.

Will die CDU wieder Kernkraftwerke bauen?

Der Bau neuer Kernkraftwerke ist für die CDU kein Thema. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist beschlossen. Bis ein neues Kraftwerk Strom liefert, vergehen viele Jahre; wir brauchen aber schnelle Lösungen.

Sollen die Kernkraftwerke in Deutschland länger laufen?

Die letzten drei Kernkraftwerke sollen Ende 2022 vom Netz gehen. Hier muss mit dem Energiesicherheitskonzept klar aufgezeigt werden, wie es hier weiter geht. Bisher kennen wir nur die Einschätzung zur Versorgungslücke und einen gemeinsamen Vermerk von Wirtschafts- und Umweltministerium, in dem eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke abgelehnt wird. Das ist keine belastbare Grundlage zur Entscheidung. Die CDU fordert von der Bundesregierung zeitnah eine detaillierte Darstellung.

Warum ist die Energie-Abhängigkeit von Russland so hoch?

Die deutsche Politik hat sich in den letzten Jahrzehnten zu stark auf das Russland-Geschäft konzentriert. Mit intensivem Handel sollte Russland in eine europäische Friedensordnung eingebunden werden. Die Einnahmen aus Öl und Gas sollten Russland helfen, eine moderne Zivilgesellschaft und eine moderne Industrie aufzubauen. Das Stichwort dazu lautete: Wandel durch Handel. Das war ein Fehler aller Parteien.

Aktuelle Zitate

„Wir fordern die Regierung auf, alles zu tun, Vorsorge zu treffen, dass Deutschland unabhängiger wird von Energielieferungen aus Russland.“ *Friedrich Merz*

„Wir sind bereit, mit der Bundesregierung über alles zu sprechen, was notwendig ist, um die Energiesicherheit in unserem Land zu gewährleisten.“ *Mario Czaja*

„Eine warme Wohnung und Stromnutzung im Alltag dürfen kein Luxus werden. Energie, Wohnen und Mobilität müssen für alle bezahlbar bleiben.“ *Saarländische Erklärung*

„Die Beschlüsse aus Berlin können nur ein erster Schritt sein. Sie sind nicht die erhoffte Entlastung, die Menschen und Wirtschaft brauchen.“ *Hendrick Wüst*

Stand: 25. März 2022